ak[due]ll

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Nummer 64
02. Juli 2014

GEFLÜCHTETE

Die Stadt Essen legt wieder ein Unterbringungskonzept vor: Dieses mal sind umstrittene Container weit außerhalb der Stadt geplant.
▸ Seite 3

KOMMUNISMUS

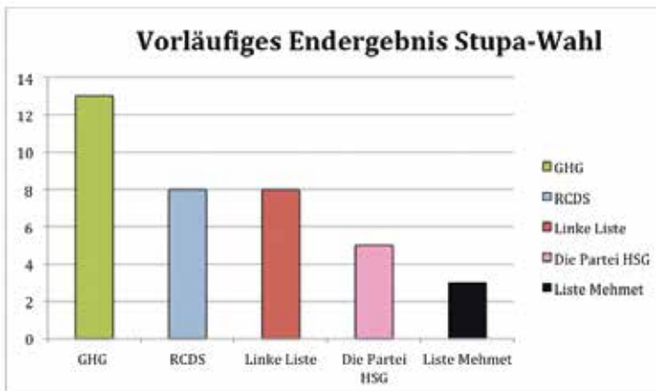
Revolution im Regen: akduell-Redakteur Martin Niewendick hat sich auf dem UZ-Pressefest umgeschaut.
▸ Seite 4 und 5

AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:
▸ **www.akduell.de**

AStA-Koalition bestätigt – Opposition ausgetauscht

Jubel bei den politischen Hochschulgruppen im Rektoratsturm auf dem Campus Essen: Die Studierendenschaft der UDE hat gewählt. Die bisherige Koalition aus Grüner Hochschulgruppe und Linker Liste (LiLi) wird auch in der nächsten Legislaturperiode die Mehrheit im Studierendenparlament stellen. Ganze 21 von 35 Sitzen sind den beiden Parteien sicher. Daneben ziehen der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Die Partei Hochschulgruppe und die Liste Mehmet, ein Einzelkandidat, ins Uni-Parlament ein.



Sitzverteilung im Studierendenparlament: GHG - 13, Linke Liste - 8, RCDS - 8, Die Partei HSG - 5, Liste Mehmet - 3. (Grafik: mac)

Lange mussten die Kandidat*innen am vergangenen Freitag auf das Ergebnis der Stupa-Wahlen warten. Um kurz nach 1 Uhr nachts war es dann aber soweit: Der letzte Wahlzettel der Wahlen der Studierendenschaft war ausgezählt. Echte Verlierer*innen gibt es nicht. Die AStA-tragenden Listen, GHG und LiLi erhalten ihre Sitze aus dem Vorjahr. Der RCDS war bei der letzten Wahl nicht angetreten. Auch die Newcomer in der Hochschulpolitik, die Satire-Liste Die Partei Hochschulgruppe und die Liste Mehmet, erzielen für einen Neuantritt gute Ergebnisse. Damit ist die komplette Opposition ausgetauscht.

Wer mit wem?

Der größte Jubel bei der Auszählung kommt von der Grünen Hochschulgruppe. Eine Urne nach der anderen wird von ihr gewonnen, sie bekommt mit Abstand die meisten Sitze im Stupa. „Das ist ein glatter Erfolg – wir haben genügend Stimmen bekommen, um die Koalition zu erhalten“, so der bisherige AStA-Vorsitzende Felix Lütke nach der Auszählung. Und auch die Linke Liste feiert mit: „Es wäre ein Traumergebnis, wenn wir diese Legislaturperiode so wie im letzten Jahr fortführen können“, sagt Penny Kubale. Hier hat sich schon eine Koalition gefunden.

Zusammenarbeit unwahrscheinlich

Bleibt der Ring Christlich-Demokratischer Studenten. Bei ihm ist während der Auszählung verhaltener Jubel über die acht Sitze zu hören, aber auch Geschäftsführer Maximilian Krone ist optimistisch: „Jetzt wird’s in die parlamentarische Arbeit gehen, da werden wir schauen, wie gut wir mit den Listen kooperieren können, sodass wir konstruktive Arbeit für die Studenten machen können.“ Angesichts der linken Mehrheit sehe sich der RCDS nicht in der Pflicht auf andere Listen zuzugehen. Für Gespräche mit der GHG sei die CDU-nahe Liste aber offen. Eine Zusammenarbeit mit der Liste Die Partei HSG ist wohl unwahrscheinlich – sie plakatierte mit: „Für jede RCDS-Stimme töten wir ein süßes Kaninchen!“

Normalerweise hat das Stupa 37 Sitze, aber nicht in diesem Jahr. Mehmet Satici, ein einzelner Kandidat, konnte nämlich nur als Liste antreten, so will es die Wahlordnung. Satici gründete kurzerhand die „Liste Mehmet“ und holte mit 180 Stimmen sogar drei Sitze im Parlament. Die zusätzlichen Sitze, die er wegen fehlender Mitstreiter*innen nicht besetzen kann, verfallen. Für die bisherige grün-linke Koalition ein Glücksfall: Wenn sie noch Die Partei Hochschulgruppe bei ihren zentralen Anliegen ins Boot holen kann, hätten die drei Listen eine lockere Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament.

Weiter niedrige Wahlbeteiligung

Während bei Kommunal- oder Bundestagswahlen eine Beteiligung unter 40 Prozent schon skandalös ist, haben Universitätswahlen eine erschreckende Wahlbeteiligung. Bei der Stupa-Wahl 2013 hatten gerade einmal 4,8 Prozent der Wahlberechtigten ihr Kreuz gemacht. Deshalb erstellten die Studierendenvertreter*innen ein ähnliches Plakat wie Die Partei: Ein Mobilisierungsplakat inklusive Baby-Katze und Zielscheibe in neonpink, drohte den Studis: „Wenn du nicht wählen gehst, töten wir dieses Kätzchen!“ Die Wahlbeteiligung stieg zwar, jedoch nur auf 7,29 Prozent, und bleibt damit immer noch sehr gering. [mac]

DATEN & FAKTEN

Die genauen Zahlen zur Stupa-Wahl und welche Kandidat*innen genau ins Parlament einziehen, könnt ihr im aktuellen Wahlergebnis unter **www.stupa-due.de** nachlesen.

Ergebnisse zur Senatswahl

Auch die Studierendenvertreter*innen für das höchste Gremium der Universität wurden gewählt. Die GHG erhält zwei Sitze und entsendet Sarah Malzkorn und Julia Wenzel. Felix Groell sitzt für die Linke Liste im Senat und Lucas Constantin Wurthmann für den RCDS.

Die Ergebnisse zu den Senatswahlen, den **Fakultätsratswahlen** und dem **Wahlfrauengremium** findet ihr unter: **www.uni-due.de/gremien/wahl**

DIE #NERDMASCHINE

DNFTT ist so 2000...

Im Netz sind sie eine kleine Plage: Die Trolle. Während sie in Tolkiens Werken als übergroße dümmliche Kreaturen dargestellt werden, sind sie heute eher unscheinbar. Jede*r könnte ein Troll sein. Du, ich, der Mensch links neben dir. Was sie ausmacht ist, dass sie erst im digitalen Moloch aktiv werden. Peinlich pöbelnde Pedant*innen, die sich in Kommentarfunktionen einmal richtig austoben. Jede*r von uns hat einen Troll in sich, beobachtete schon Sascha Lobo in seiner Trollforschung.

Nicht, dass ihr mich falsch versteht: Ich finde Trolle entzückend. Nichts lässt mich so süffisant grinsen, wie ein herrlich sinnloser und persönlicher Kommentar im Netz. Allzu schade finde ich es dann, wenn Foren-Admins oder andere Nutzer*innen mit Netiquette, DNFTT („Do not feed the troll“) und >(()))*> um die Ecke kommen. Voll 2000 *gähn*. Das Internet ist kein Ponyhof, auch wenn Ponycontent durchaus seine Existenzberechtigung hat.

Viel eleganter ist da eine Bastelstunde. Sockenpuppen sind schnell gefertigt. Eine olle Socke, Stückchen Stoff für Zunge und Haare und ein paar Knöpfe für die Augen reichen – Fertig ist dein eigener Troll. Jetzt gilt es fleißig zurückzunerven: Trollolo. Fühlt sich die Nervensäge dadurch nur noch mehr provoziert, lohnt es sich die Bastelstunde beliebig oft zu wiederholen. Sockenpuppen sind schließlich Herdentiere. Hat man es mit mehreren Trollen aus einer Gruppe zu tun, schlägt man mit denselben Mitteln zurück – Mehr Sockenpuppen braucht das Netz!

Qapla‘!
Liz

Dortmunder Zustände

Verharmlosen die Dortmunder Polizei und das Innenministerium NRW den Neonazi-Angriff vor dem Dortmunder Rathaus am 25. Mai? Im Innenausschuss des Landtages verteidigt Innenminster Ralf Jäger (SPD) den umstrittenen Bericht seines Ministeriums über die Geschehnisse am Abend der Europa- und Kommunalwahl. Er werde den Bericht nicht „politisch korrigieren“, erklärte Jäger vor dem Ausschuss. Kommunalpolitiker*innen und Landtagsabgeordnete der rot-grünen Regierungskoalition sowie der Piratenfraktion erheben massive Vorwürfe gegen den Innenminister und die Dortmunder Polizei.

Hat aktuell weniger zu lachen: Sogar Parteigenoss*innen werfen Innenminister Ralf Jäger (SPD) vor, den Neonazi-Angriff in Dortmund zu verharmlosen.

In einer gemeinsamen Erklärung haben sich 22 Dortmunder Politiker*innen von dem Bericht distanziert. Zu den Unterzeichner*innen gehören neben den Fraktionsvorsitzenden von SPD, Grünen und Linken im Rat fünf Mitglieder des Landtags. Unter ihnen ist auch die Grüne Landtagsabgeordnete Daniela Schneckenburger, die am Wahlabend von einem Neonazi vor dem Dortmunder Rathaus niedergeschlagen wurde. In dem Bericht, den Innenminister Jäger nach wie vor verteidigt, ist davon nichts zu lesen. Auch andere durch Videokameras dokumentierte und im Internet veröffentlichte Gewalttaten der Neonazis werden nicht erwähnt. Stattdessen gibt der Bericht den Menschen, die sich am Wahlabend schützend vor das Rathaus stellten, einen Teil der Schuld für die Gewalt.

Empört über den Bericht des Innenministeriums ist auch der Geschäftsführer der Grünen Ratsfraktion Stefan Neuhaus. Weil der Bericht Tatsachen verdrehe, habe er erst einmal vor Wut gegen den Schreibtisch treten müssen, erklärte er der Süddeutschen Zeitung. „Da werden Opfer zu Tätern und Täter zu Opfern gemacht“, so Neuhaus weiter.

Und tatsächlich: Auf im Internet veröffentlichten Videoaufnahmen ist eine Gruppe von 25 Neonazis zu sehen, die auf die Menschen vor dem Rathaus zu stürmt, volksveretzende ruft und mit Schlägen und Tritten auf sie losgeht. Auch der Pfefferspray-Einsatz eines Neonazis ist durch Pressefotos unzweifelhaft belegt. Als die Polizei die Nazis zurückdrängt, stehen die Polizist*innen mit dem Rücken zu den Demonstrant*innen vor dem Rathaus und sind praktisch ausschließlich mit den Neonazis beschäftigt. Trotzdem erweckt der Bericht den Eindruck, die Polizei habe zwei gleichermaßen aggressive und gewalttätige Gruppen voneinander trennen müssen. Damit folgt das Innenministerium der Logik der Polizei, die nach eigenen Angaben aktuell gegen 40 Gegendemonstrant*innen und nur fünf Neonazis ermittelt, obwohl alleine an den volksverhetzenden Rufen weit mehr Nazis beteiligt waren.

Außerdem fallen eine Reihe von weiteren Ungereimtheiten in dem Bericht auf, die nahelegen, dass es vor allem darum geht, einen gründlich verpatzten Polizeieinsatz zu rechtfertigen. So erklärt das Innenministerium, dass die Polizei im Vorfeld nicht davon ausgehen konnte, dass es zu einem Angriff auf das Rathaus komme. Schließlich habe die Polizei den lokalen Neonazi Michael Brück ja vorher gefragt habe, und der habe nichts von den Plänen erzählt. Außerdem wird aus dem Bericht klar, dass die Polizei zwar wusste, dass sich im Stadtteil Dorstfeld Neonazis gesammelt haben, dass sie aber noch nicht einmal eine Polizeistreife dauerhaft zur Beobachtung abstellte. So konnten die Neonazis von der Polizei unbemerkt zum Rathaus ziehen und dort gewalttätig werden. Weitere Ungereimtheiten ergeben sich in Bezug auf den Zeitablauf. Laut Bericht war die Polizei bis um 22.05 Uhr im Rathaus präsent, ist dann aber abgezogen. Erst fünf Minuten später, um 22.10 Uhr, habe sie einen Anruf aus dem Rathaus bekommen, dass ein Neonazi-Übergriff drohe. Dem widerspricht Ratsmitglied Utz Kowalewski (Die Linke). Er gibt an, dass er angesichts eines Neonazi-Spähtrupps die Mitarbeiter*innen an der Rathauspforte bereits etwa 20 Minuten vorher aufgefordert hat, sofort die Polizei darüber zu unterrichten. Dies sei auch geschehen. Wenn das stimmt, hätte die Polizei das Rathaus trotz abgesetztem Notruf und trotz ersten Neonazis vor Ort verlassen. Diesen Vorwurf hatten Anwesende bereits unmittelbar nach den Ereignissen gegen die Polizei erhoben.

Besonders schwer wiegt noch ein anderer Vorwurf. Laut Innenministeriums-Bericht war die Polizei zwar bereits drei Minuten nach dem Anruf um 22.10 Uhr wieder vor dem Rathaus. Trotzdem will sie nicht mitbekommen haben, dass die Neonazis volksverhetzende Parolen wie „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ gerufen haben. Unbestreitbarer Fakt ist jedoch: Die sehr lauten Rufe der Nazis sind auf diversen Videos dokumentiert. Die rufenden Anhänger*innen der Partei „Die Rechte“ waren selbst im WDR-Fernsehen zu sehen und zu hören. Ratsmitglied Olaf Schlösser (Die Partei) gibt außerdem an, die Polizei habe sich an dem Abend mehrfach geweigert, seine Anzeige wegen Volksverhetzung gegen die Neonazis aufzunehmen. [rvr]

Geflüchtete in die Stadt, nicht in Container!

Bis zu 200 Geflüchtete in Containern, am Essener Stadtrand zusammengepfercht. Wenn es nach der Vorlage der Stadtverwaltung geht, sollen an sieben Standorten solche „Containerdörfer“ entstehen, in denen jeweils mindestens 100 Geflüchtete untergebracht werden können. Laut Verwaltung soll im Notfall an einzelnen Standorten sogar die Unterbringung von bis zu 200 Menschen möglich sein: Von der vermehrten Unterbringung Geflüchteter in normalen Wohnungen findet sich im Plan keine Spur.

30 Jahre sollen die „Kaufcontainer“ halten, welche die Stadt zur Unterbringung von Geflüchteten kaufen möchte – 30 Millionen Euro würden die sieben ausgebauten Standorte kosten. „Keine einfachen Container, sondern hausähnlich sollen sie sein“, tönt die Stadtspitze beim Gespräch mit den Fraktionen. Die sozialpolitische Sprecherin der Grünen Ratsfraktion, Christine Müller-Hechfellner, glaubt, dass CDU und SPD eine Aus den Augen, aus dem Sinn-Politik betreiben: „Irgendwelche Wohncontainer, die für einige Jahre weit hinter den Siedlungen zwischen Wiesen und Äcker abgestellt werden, stören dann vielleicht sogar die rechtsgestrickten Herren und Damen von NPD, Pro NRW und Afd nicht mehr. Humaner Fortschritt sieht aber anders aus.“

Die Stadtverwaltung hatte durch die Ratsmehrheit der letzten Legislaturperiode den Auftrag erhalten, ein Konzept zur Unterbringung von Geflüchteten zu erarbeiten, das wirtschaftliche und soziale Gründe berücksichtigt ebenso wie eine gleichmäßige Verteilung von Geflüchteten auf das Stadtgebiet. Ausgangspunkt ist, dass bis zum November dieses Jahres mehr als 850 neue Plätze für Geflüchtete in Essen gebraucht werden. Dies teilte die Stadtverwaltung den Ratsfraktionen Essens vergangene Woche mit. Damit steigt die Zahl der Menschen, die in unserer Stadt Zuflucht suchen, bis zum Jahresende auf 1.918 an. Diese ‚Milchmädchenrechnung‘ geht jedoch nur auf, wenn mindestens 250 Geflüchtete in Wohnungen untergebracht werden und weitere 250 ‚freiwillig‘ gehen oder abgeschoben werden.

Oben: So könnten die Unerkünfte für Geflüchtete bald in Essen aussehen. Unten: Hier sollen die Container bald hin. (Foto: Immanuel Giel)

Dabei stehen 6,2 Prozent der Essener Wohnungen leer. 19.500 Wohnungen würden mehr als genug Platz für alle Geflüchtete bieten. Gleichzeitig wären sie in das Leben der Stadt integriert und nicht an dessen Rand gedrängt, schließlich ist die Teilhabe an der Gesellschaft ein Grund- und Menschenrecht. Auch Pro Asyl Essen fordert, „dass alle Möglichkeiten der Unterbringung in Privatwohnungen weiterhin ausgeschöpft werden müssen, als ein erster Schritt in Richtung ‚Normalität‘“.

Jwd - janz weit draußen

Die Linksfraktion Essen begrüßt, „dass die Stadt ihre Verantwortung gegenüber den Menschen ernst nimmt.“ Doch lehnt die Fraktion zwei der Standorte sowie die geplante Bauweise ab: „Trotzdem stehen wir den sieben vorgeschlagenen Standorten für neue Wohnheime kritisch gegenüber. Zwei, namentlich der Standort Wallneyer Straße und Overhammshof, sind viel zu weit außerhalb der Stadt gelegen“, so die Fraktion. An beiden Standpunkten können die Menschen, realistisch betrachtet, nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Auch die nächsten Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf sind etliche Kilometer entfernt. Interessanterweise wurde eine Unterbringung in Overhammshof bereits 2010 durch den Rat abgelehnt, erinnert Pro Asyl Essen: „Der Standort Overhammshof wird deshalb als möglicher Standort für die Unterbringung von Flüchtlingen gegenwärtig und zukünftig ausgeschlossen“, lautete der Ratsbeschluss.

Der Standort Wallneyerstraße steht exemplarisch dafür, dass eine Integration beziehungsweise ein Austausch der Nachbarschaft mit den Geflüchteten durch die Verwaltung anscheinend nicht gewollt ist. Die dortige Nachbarschaft, die zurückgezogen in Villen und teuren Einfamilienhäusern lebt, hegt kein Interesse, sich mit Politiker*innen, Ehrenamtlichen und Geflüchteten an einen Tisch zu setzen: „Bei so weit außerhalb gelegenen Standorten ist auch die Unterstützung von Flüchtlingen durch Runde Tische, die sich sehr bewährt hat, nur schwer vorstellbar“, sagt Gabriele Giesecke, Fraktionsvorsitzende der Linken im Essener Rat.

Für die Übergangswohnheime, die während des Baus der ersten Heime genutzt werden sollen, möchte die Stadtverwaltung unter anderem ein Containerdorf auf der Papestraße errichten, dem Gelände des ehemaligen Jugendzentrums. Auf Nachfragen der Linksfraktion, warum der Standort nicht für eine dauerhafte Nutzung in Frage käme, wurde erklärt, dass die Vermarktung des restlichen 20.000 Quadratmeter großen Grundstücks zu stark erschwert werden würde, wenn im Einzugsgebiet ein Wohnheim errichtet würde.

Roma nicht in Wohnungen

Pro Asyl indes rückt nicht von seiner Forderung ab: Maximal 100 Menschen dürfen in einem Wohnheim untergebracht werden und jeder Person müssen mindestens acht Quadratmeter zur Verfügung stehen – die Unterbringung in Wohnungen ist zudem massiv zu fördern.

Die Vorlage der Stadt ist an vielen Stellen fragwürdig: Neben dem Bau von Containerwohnheimen in der Hubertstraße, dem Stauseebogen, Pläßweidenweg, Ruhrtalstraße, Overhammershof und Wallneyerstraße, gibt es keine Absichtserklärung, die Vermittlung von Flüchtlingen in private Wohnungen zu intensivieren. Besonders der Ausschluss der Flüchtlinge aus Serbien, Mazedonien und Bosnien & Herzegowina – mehrheitlich Roma – von dieser Art der Unterbringung, grenzt an Rassismus. Die Städte in NRW hoffen auf eine rasche Einstufung der Länder des Westbalkans als sichere Herkunftsländer, umso die Abschiebung der Flüchtlinge in die Wege leiten zu können. [DanKe]

Im Freilichtmuseum der Revolution

Im Revierpark Wischlingen in Dortmund ist die Welt noch in Ordnung. Zumindest, wenn man Kommunist*in ist. Am vergangenen Wochenende sind wieder mehrere Zehntausend Menschen zusammen gekommen, um das UZ-Pressefest zu feiern, das „Volksfest“ der DKP. Wie schafft es die orthodox linke Minipartei, fünf- bis zehnmal so viele Menschen auf das Festivalgelände zu locken wie sie selbst bundesweit überhaupt Mitglieder hat? Ein Besuch bei den Rauschebärten der Revolution.

Zwischen meist roten Fahnen: Trotz Dauerregen war das UZ Pressefest ein Dortmunder Massenereignis. (Foto: Mnd)

Der erste Treffer sitzt, der zweite geht daneben, der dritte ist wieder ein Volltreffer. Beim Dosenwerfen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) gibt es eine besondere Motivation: Die Gesichter einschlägig bekannter Neonazis prangen auf den Dosen, darunter etwa der kürzlich ins Dortmunder Rathaus eingezogene „SS-Siggi“. Gegen eine kleine Spende können Besucher*innen ihr Glück versuchen, und so den Kampf gegen die Faschisten wenigstens symbolisch gewinnen. Das Spiel erfreut sich großer Beliebtheit.

Alle zwei Jahre kommen Berufsrevolutionäre, Kommunist*innen und DDR-Nostalgiker*innen in Dortmund zusammen, um die Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei „UZ – Unsere Zeit“ zu feiern – in diesem Jahr zum 18. Mal. Die Stände unzähliger internationaler Initiativen, Parteien und Verbände säumen die Gehwege. Insgesamt 34 „kommunistische Parteien und Befreiungsbewegungen“ haben offizielle Delegationen geschickt, heißt es von den Veranstalter*innen. Musikalisch bietet die DKP sowohl lokale Bands als auch Szenegrößen wie Konstantin Wecker und Esther Bejarano auf, eine der letzten bekannten Überlebenden des Mädchenorchesters von Auschwitz. Daneben gibt es Podiumsdiskussionen, Lesungen, Vorträge und Buchvorstellungen. Der bekannte Schriftsteller Dietmar Dath ist gekommen, und selbst der israelische Professor und Autor Moshe Zuckermann schlendert zwischen den meist roten Zelten umher.

Aus allen Ecken der Welt

„Immer wenn UZ-Pressefest ist, regnet es in Dortmund“, sagt Frank, ein Mittvierziger. Er steht am Cocktailstrand der Europäischen Linken und lässt sich das Getränk schmecken. Er sei nur DKP-Sympathisant, aber kein Mitglied, sagt er. Vor ihm auf dem Tisch liegen Zeitschriften mit Portraits historischer Persönlichkeiten aus der Arbeiterbewegung, Interviews und Demonstrationsberichte. Alles streng orthodox, versteht sich.

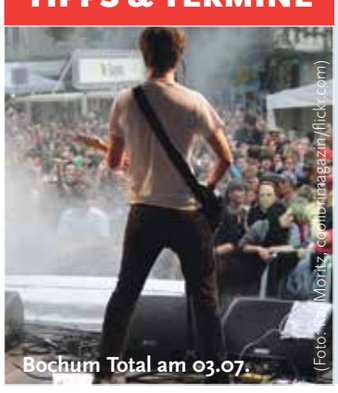
Es sind kommunistische Parteien aus allen Ecken der Welt gekommen: Aus Frankreich, Luxemburg, Griechenland und sogar aus Israel. Auch die im Iran verbotene Tudeh-Partei präsentiert sich. Sie ist marxistisch-leninistisch ausgerichtet und kämpft aus dem Exil heraus für die „Beseitigung des islamischen Regimes“. Viele ihrer Anhänger*innen sind in Irans Folterkellern verschwunden. „Wir sind alle Exilanten“, sagt der freundlich-dreinblickende Mann hinter dem Stand. Er verteilt Flyer mit Verlautbarungen des „Zentralkommittees der Tudeh-Partei Iran“, auf denen es allerlei revolutionäre Floskeln zu lesen gibt. Auch der oberste Geistliche des Irans, der Ayatollah, wird scharf angegriffen.

Es gibt Fleisch. Viel Fleisch. Viele Initiativen haben auch gleich ihre eigenen Imbiss-Buden mitgebracht: Bei der TKP-ML, den türkischen Kommunist*innen, gibt es Döner. Die griechische KKE verkauft saftige Souvlaki-Spieße. Am Stand der Jugendorganisation der DKP, der SDAJ, gibt es dagegen vegane Schnitzelburger. Alle hauen kräftig rein. Anders als bei linken Events weniger orthodox-kommunistischer Prägung sind Veganer*innen mehr als deutlich in der Minderheit.

Die SDAJ ist das jugendliche Aushängeschild der Mutterpartei DKP, die seit langem mit massiver Überalterung zu kämpfen hat. Trotz starker Präsenz der Jugendorganisation dominieren an diesem Wochenende die grauen Haare, Halb- und Vollglatzen, die weißen Rauschebärte. Das Durchschnittsalter der DKP-Mitglieder liegt bei 60 Jahren. Mit nur noch 3.500 Mitgliedern gilt sie als Splitterpartei, bis auf einige lokale Ausnahmen spielt sie bei Wahlen keine Rolle. Noch Anfang der 1990er Jahre war die DKP die mitgliederstärkste Partei links von SPD und Grünen, aber das ist vorbei. Der Glanz alter Tage ist einer starrsinnigen aber sympathischen Nostalgie gewichen, die sich auch im sturen Abfeiern traditionslinker Folklore manifestiert.

Da tut es anscheinend gut, wenn die Familie alle zwei Jahre zum großen Volksfest zusammenkommt. Allerorten fallen sich Menschen in die Arme, erkundigen sich nach dem werten Befinden und tauschen den neuesten Kommi-Klatsch aus. Für drei Tage wird

TIPPS & TERMINE



Bochum Total am 03.07. (Foto: Moritz, combinagazin.flickr.com)

MITTWOCH, 02. 07.

Subkulturen im Pott
Mit jugendlichen Subkulturen beschäftigt sich die Ausstellung in der Zeche Hannover in Bochum. Ob Teil der Hochkultur oder abseits des Mainstreams - Die Ausstellung beleuchtet jugendliche Lebenswelten im Revier.

▸ Mittwochs bis samstags von 14-18 Uhr, sonntags von 11-18 Uhr.

MITTWOCH, 02.07.

Salon im Folkwang -Museum
Studierende unterschiedlicher Fachrichtungen führen euch kostenlos durch die Ausstellungen. Anmeldung erforderlich: info@museum-folkwang.essen.de

▸ Ab 15 Uhr, Museum Folkwang, Eintritt frei

DONNERSTAG, 03.07.

Bochum Total
Umsonst und draußen! Die Bochumer Innenstadt verwandelt sich an diesem Wochenende wieder in eines der größten Umsonst-Festivals Deutschlands. Viele Künstler*innen treten auf unterschiedlichen Bühnen auf, u.a. Frida Gold, Jupiter Jones und die Intergalactic Lovers.

▸ Donnerstag bis Sonntag

Zumindest symbolisch gegen die Faschist*innen gewinnen: Dosenwerfen beim VVN-BDA. (Foto: Mnd)

Kommunistische Parteien aus vielen Ländern präsentieren sich: Der Stand der im Iran verbotenen Tudeh-Partei. (Foto: Mnd)

die geschundene revolutionäre Selle gestreichelt.

Freilich, was hier als kommunistische Ideologie verkauft wird, bildet keineswegs die gesamte Bewegung ab. Kommunistische Positionen, die orthodox-leninistische Politikansätze kritisieren, sind kaum zu hören. Alte, tote Männer haben hier das Sagen: Lenin, Stalin, und Marx natürlich. Ein Paradies für Antiquitäten-Jäger*innen.

Bei den Diskussionsrunden gibt es eine rege Beteiligung. Die Linken-Politikerin Sevim Dagdelen – kürzlich nannte sie Bundespräsident Joachim Gauck einen „Kriegshetzer“ – diskutiert das Für und Wider der EU, DKP-Politiker Olaf Harms bespricht das Freihandelsabkommen TTIP. Ansonsten: Flüchtlingspolitik, Krise des Kapitalismus, Friedensbewegung. Die Lesung der Journalistin und Autorin Jutta Dithfurt fällt aus Krankheitsgründen aus.

Staubtrocken im Dauerregen

Der Dauerregen zerrt am Geduldsfaden. Dieses Jahr haben weniger Menschen den Weg nach Dortmund gefunden als in der Vergangenheit. Ist es der Regen? Die Sterblichkeitsrate der meist greisen Klientel? Oder vielleicht doch die vage Vermutung, dass hier eine Politikansatz zelebriert wird, der sich selbst überlebt hat? Die zahlreichen Liedermacher versprühen den Flair von ‘68, aber das ist nun auch schon seit über 40 Jahren vorbei. Dennoch machen viele den Eindruck, die Revolution stünde kurz bevor. Die eigene politische Bedeutungslosigkeit will man sich nicht eingestehen, so scheint es.

Auch die jüngeren Teilnehmer*innen bedienen sich größtenteils der Rezepte ihrer politischen Großeltern. So auch die „Gruppe Hilarius“ aus Düsseldorf. Auf der knallroten Broschüre, die ein Mann in den Zwanzigern aushändigt, prangt ein berühmtes Bonmot der KPD-Gründerin und Übermutter der Szene Rosa Luxemburg: „Ich war, ich bin, ich werde sein“. Gemeint ist die Revolution, die zumindest hierzulande schon lange nicht mehr war, aktuell nicht ist, und wohl auch mittelfristig eher nicht sein wird. Im Intro-Text ist der Begriff Hip-Hop in Anführungszeichen gesetzt, als handele es sich dabei um neumodischen, kontrarevolutionären Quatsch. Es ist erstaunlich, wie staubtrocken selbst Anfang-Zwanzigjährige sich ausdrücken können, und das bei diesem Dauerregen.

Mit einem freiwilligen Unkostenbeitrag von 5 Euro kommt man auf dem UZ-Pressefest recht günstig weg. Die Live-Bands sind – abgesehen von den gefühlten zwanzig Liedermacher*innen – hörenswert und lassen ein wenig Festival-Atmosphäre aufkommen. In der Eissporthalle stehen zahlreiche Büchertische, auch Poster und Fotobände gibt es zu kaufen. Hier steht viel Basisliteratur: Kapital-Crashkurs, Grundlagen des Marxismus, Geschichte der Friedensbewegung. Ein Mann im Frei.Wild-T-Shirt schlendert unbehelligt zwischen den vor sich hin kauenden Besucher*innen umher.

In zwei Jahren wollen sie wieder kommen, in den Revierpark Wischlingen irgendwo in der Dortmunder Pampa. Dann dampfen wieder die Grills, das Who-is-Who der europäischen Kommunismus-Szene gibt sich die Ehre und auch Frank, der DKP-Sympathisant, wird wieder da sein. Und wieder wird es so scheinen, als sei die Revolution ein kleines Stückchen näher gerückt. [Mnd]

FREITAG, 04.07.

Bambule
Rap ist clubfähig! Das beweist DJ Deckstarr, der schon seit neun Jahren auf Rap-Parties auflegt. Ihm zur Seite steht an diesem Abend DJ Mike ILL.

▸ Ab 23 Uhr, Grammatikoff Duisburg

SAMSTAG, 05.07.

Eröffnung Werksschwimmbad
Die Eröffnungsparty des Werksschwimmbad in der Zeche Zollverein bietet einiges: Tischtennis-Guerillaktionen der Projekt-Gruppe Schwarz, Soundinstallation „Electric Pool“ und Angrillen mit DJ-Begleitung.

▸ Ab 12 Uhr, Zollverein Essen, Eintritt frei

SAMSTAG, 05.07.

Depeche Mode Party
Nach der Party ist vor dem Frühstück. Warum soll die Nacht enden, wenn sie am Schönsten ist? Deshalb zu 80‘s und anderem feiern, bis die Sonne wieder aufgeht. Anschließend gibt‘s ein Buffet!

▸ Ab 22 Uhr, Kulttempel Oberhausen, Eintritt 5 Euro

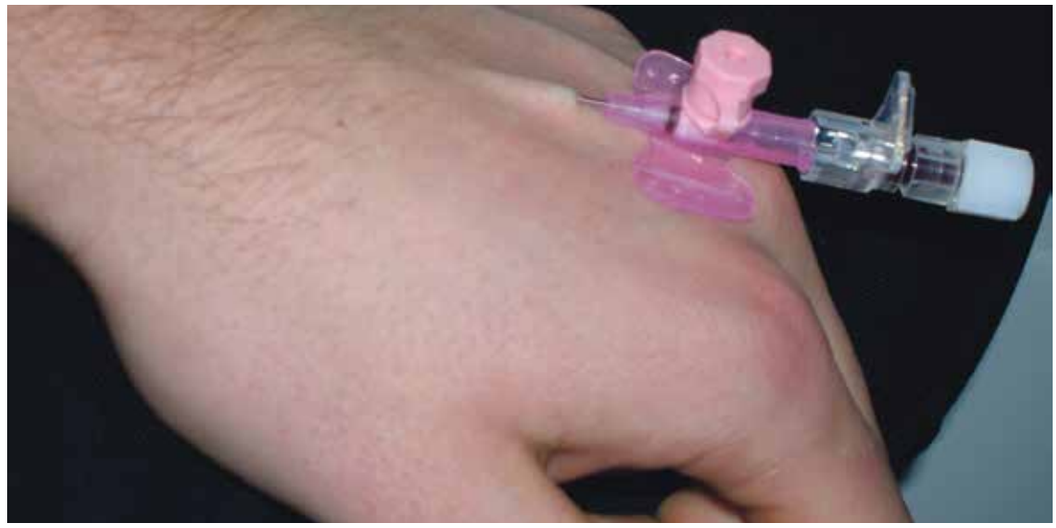
SAMSTAG, 05.07

Pink-Floyd-Show
Auf der Kuppel des Bochumer Planetariums gibt‘s anstatt Sternen abgefahrene Digitaleffekte zu sehen. Die rasanten Animationen zur Musik von Pink Floyd versprechen abgefahrene Trips ins Ich.

▸ Ab 19.30 Uhr, Eintritt für Studierende: 7,50 Euro

Blutgruppe schwul negativ?

Eine Petition zum Thema Blutspende macht im Internet die Runde. Jedoch handelt es sich nicht um einen Aufruf, um neue Spender*innen zu finden. Die Petition des Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) weist auf die Diskriminierung bei der Auswahl von potentiellen Spender*innen hin. Denn seit den 1990er Jahren dürfen bi- und homosexuelle Männer kein Blut mehr spenden. Grund dafür: Das HIV Risiko sei bei ihnen sehr viel höher als bei Heteros. Mit dieser Ausgrenzung werden bestehenden Vorurteile gegenüber bi-und homosexuellen Männern bestärkt und neue geschürt.



Die Angst vor der Nadel hindert viele am Blut spenden. Bi- und Homosexuelle dürfen sich dagegen überhaupt nicht frei entscheiden, sondern ihnen ist die Spende verboten. (Foto: Gerne)

Wer als Mann Sex mit einem Mann hat, ist automatisch verdächtigt, schlechtes Blut zu haben? So könnte man die Diskriminierung von bi- und homosexuellen Spender*innen bei der Blutspende verstehen. Hinter dieser Regelung steckt ein Beschluss der Bundesärztekammer, die festlegt, dass folgende Personen von der Blutspende ausgeschlossen sind: „Personen, deren Sexualverhalten oder Lebensumstände ein gegenüber der Allgemeinbevölkerung deutlich erhöhtes Übertragungsrisiko für durch Blut übertragbare schwere Infektionskrankheiten wie HBV, HCV oder HIV bergen."

Darunter fallen dann heterosexuelle Menschen mit häufig wechselnden Sexualpartner*innen, wie etwa Prostituierte, und Männer, die Sexualverkehr mit Männern haben (MSM). Bi- und Homosexuelle werden so als eine „Risikogruppe" eingestuft und ohne weitere Prüfung von der Blutspende ausgeschlossen.

Safer-Sex

In der Online-Petition „Schluss mit der Diskriminierung von bi- und homosexuellen Männern beim Blutspenden" auf change.org heißt es: „Wir glauben, dass die Sicherheit von Blut mit dem Lebensstil der Spender zu tun hat und nicht mit ihrer sexuellen Orientierung." Die Verfasser*innen der Petition fordern, dass für das Blutspenden entscheidend ist, ob die Spender*innen sich gegen HIV schützen, also eine „Safe-Sex-Regel". Denn das Risikoverhalten beim Geschlechtsverkehr von Einzelnen habe nichts mit der sexuellen Orientierung zu tun. Statistisch gesehen ist es wahrscheinlicher sich mit HIV zu infizieren, wenn man häufig wechselnde Geschlechtspartner*innen hat. Bi- und Homosexuelle, die seit Jahren in einer monogamen Beziehung leben, haben folglich kein erhöhtes Risiko. Auch gegen das Vorurteil, dass Schwule grundsätzlich promiskuitiv leben, richtet sich die Kampagne.

Die Online-Petition haben bereits über 22.000 Menschen unterschrieben, viele begründen ihre Unterschrift in der Kommentarfunktion etwa mit „Blut spenden kann Leben retten. Menschen hier auszuschließen hat in einer solidarischen Gesellschaft keinen Platz." Dieser Meinung ist auch Thomas Großfeld. Er plädiert dafür, dass besonders bei der Knochenmarkspende die Diskriminierung von Männern, die Sex mit Männer haben, aufhören soll: „Was ist, wenn ich zum Beispiel ein potentieller Spender für jemanden bin, der an Leukämie erkrankt ist und ich darf nicht spenden?" Besonders stört ihn, dass er sich nicht einmal in die Kartei aufnehmen lassen darf: „Ich finde, dass es ein absolutes Unding ist, dass alle Leukämiekranken nicht selbst entscheiden können, ob sie das Risiko eingehen möchten von jemanden eine Spende zu erhalten, der einer Risikogruppe angehört". In diesem Zusammenhang wünscht sich Thomas Großfeld eine vernünftige Aufklärung für die erkrankten Personen anstatt einer kategorischen Ausschließung von MSM als Spender.

Durch eine größere Spenderkartei erhöht sich die Chance, passendes Knochenmark zu finden. Damit wirbt auch die DKMS. Denn: „Der Erkrankte braucht einen genetischen Zwilling", erklärt DKMS-Sprecherin Julia Runge. Daher konnten von den 3,4 Millionen eingetragenen potenziellen Spender*innen bisher lediglich 39.000 helfen. Bei der Knochenmarkspende werden potentielle Spender*innen zudem im Vorfeld auf Krankheiten getestet, wodurch Risiken weitgehend ausgeschlossen werden können.

„Blutspende muss oft auch schnell gehen"

Anders sieht dies bei der Blutspende aus. In diesem Zusammenhang versteht Thomas Großfeld, dass die Lage komplizierter ist: „Das Blut kann nur eine gewissen Zeit aufbewahrt werden. Außerdem ist es so, dass wenn man fünf Tage vor der Blutspende einen Risikokontakt hatte und sich angesteckt hat, es innerhalb des Testes nicht nachgewiesen werden kann, weil die Virenlast da noch so gering sind, dass kein Test darauf anschlägt." Die Kosten für die Lagerung des Blutes und der umfangreichen Tests würde dann den Kostenrahmen sprengen.

Entspricht es denn den Tatsachen, dass es bei bi- und homosexuelle Männer deutlich mehr HIV-Erkrankungen gibt? „Statistisch ist es so, dass der größte Teil von HIV-Infizierten heterosexuell ist. Das hängt aber damit zusammen, dass da auch Länder des globalen Südens dabei sind, bei denen es weniger Aufklärung zu der Krankheit gibt", so Thomas Großfeld. Er erzählt, dass es, rein auf Deutschland bezogen, keine zuverlässige Statistik gibt: „Die Testbereitschaft von heterosexuellen Menschen ist nicht so hoch wie bei Homo-oder Bisexuellen." Und: „Die Aufklärung unter MSM ist auch viel stärker. Beispielsweise auf Szenepartys, wo gezielt schwule Männer angesprochen werden, steht fast immer die AIDS-Hilfe." Tatsächlich lassen sich Heterosexuelle, so Großfeld, viel seltener auf HIV testen als Bi-und Homosexuelle, da sie sich nicht viele Gedanken dazu machen.

Als diesen Monat bekannt wurde, dass Ex-Außenminister Guido Westerwelle an Leukämie erkrankt ist, teilten viele Menschen den Aufruf der DKMS Knochenspender*innen zu werden und trugen sich in die Kartei ein. Eine positive Folge einer schlimmen Nachricht, ohne Frage. Guido Westerwelle jedoch, der seit 2010 in einer eingetragenen Partnerschaft lebt, dürfte selbst kein Spender sein. [Gerne]

Einblick in die Dunkelkammer

Foto: lenz

Seit dem 13. Juli wird im Folkwang Museum die Ausstellung (Mis)Understanding Photography von Florian Ebner, Leiter der fotografischen Sammlung im Folkwang Museum, ausgestellt. Nur eine weitere Fotoausstellung? Nein. Ein Garten im Museum, 14 hölzerne Würfel, die wie riesige aufgeschlagene Bücher im Raum stehen und die Mitmachaktion „Wall Of You- Dein Leben in einem Bild“ sprechen eine andere Sprache. Diese Ausstellung ist sehenswert - für Laien wie auch für Foto-Nerds.

Wie der Untertitel „Werke und Manifeste“ schon andeutet, besteht die Ausstellung aus zwei miteinander verknüpften Teilen. In beiden wird sich mit dem Medium Fotografie auseinandergesetzt. In dem Teil Werke wird dieses in bildlicher Form thematisiert, während bei den Manifesten die Künstler*innen zu Wort kommen. Insgesamt beinhaltet die Ausstellung Werke von 78 Fotograf*innen aus den 1960er Jahren bis heute und 58 Manifeste von Einzelpersonen oder Kollektiven. Diese beschäftigen sich mit dem Aufkommen der Fotografie vor offiziell 175 Jahren bis hin zu aktuellen Positionen, wie beispielsweise der von Alfredo Jaars „You do not take a photograph, you make it“ von 2013.

„Du hast den Farbfilm vergessen, mein Michael“

Bei der Auseinandersetzung mit dem Medium der Fotografie geht es um technische sowie inhaltliche Aspekte. Eigenschaften von analogen wie digitalen Bilderstellungsprozessen werden thematisiert, wie auch die Frage nach dem Bezug des Fotos zur Realität. So ist der Fotograf John Hilliard etwa mit drei Serien vertreten. In „Untitled (She Observed Her Reflection In The Glass)“ von 1976 ist das zentrale Thema die Bedeutung der Fokussierung beim Fotografieren für das spätere Bild. Hier sind drei vom Bildaufbau identische Fotos zu sehen, die jedoch aufgrund abweichender Fokuspunkte komplett unterschiedlich wirken. Auch der Einzug der digitalen Fotografie wird von Künstler*innen in ihren Arbeiten aufgegriffen. Der Berliner Adrian Sauer widmet sich dabei ebenfalls dem technischen Aspekt, während der Tscheche Pavel Maria Smejkal in seinen „Fatescapes“ inhaltlich darauf eingeht, was im Bild zu sehen ist – oder eben auch nicht. Er retuschiert das Wesentliche aus allgemein bekannten Fotografien wie dem des vietnamesischen Mädchens, welches von Napalm verbrannt wurde oder des fallenden Soldaten aus dem zweiten Weltkrieg mittels Photoshop heraus.

Bemerkenswert sind auch die verschiedenen Präsentationsformen, die für die Fotografien gewählt wurden. So befindet sich das Leporello „Every Building On The Sunset Strip“(1977) von Fotograf Ed Ruscha aufgefaltet in einer extra dafür angefertigten Vitrine, wohingegen Michael Snows Künstlerbuch „Cover To Cover“(1975), welches in seiner Bildabfolge schon beinahe filmisch eine Erzählung entstehen lässt, in einem Video durchgeblättert und so präsentiert wird. Eine neuartige Ausstellungsform wurde für Erik Kessels „Mother Nature“ entwickelt: Im Museum selbst wurde ein Garten angelegt, in dem die Bilder einfügt sind. Bei diesen handelt es sich um Amateuraufnahmen von Frauen in der Natur, die von ihren Ehemännern aufgenommen wurden.

Gefangen im Bücherwald

Den Kern der Ausstellung „(Mis) Understanding Photography“ bilden jedoch die 14 Würfel, auch Kuben genannt, auf denen die Manifeste angebracht sind. An die Wände sind Vergrößerungen von Buchseiten aus den theoretischen Abhandlungen gepinnt, in den kleinen Vitrinen befinden sich Fotografien der Verfasser*innen. Die Textflut in der Foto-Ausstellung kann man kritisieren, so meint Besucherin Isabell: „Man ist leicht überfordert von der Fülle an Informationen.“ Jedoch kann sie am Ende resümieren: „Die Überforderung ist aber auch positiv, man wird nicht erschlagen sondern vielmehr gelockt von der Vielzahl der unterschiedlichen künstlerischen Positionen.“ Studentin Chi war anfangs ebenfalls skeptisch, was das Ausstellungskonzept angeht, zum Schluss ist sie dann doch zufrieden: „Durch die Manifeste kann man einen anderen Aspekt der Fotografie für sich entdecken oder die Fotos einfach wie sonst auch genießen.“ Und Fotostudentin Helena ergänzt: „Es ist wirklich eine schöne Ausstellung, die aber auch wahnsinnig komplex ist. Ich werde deswegen noch öfters hierher kommen.“ Die Ausstellung läuft noch bis zum 17.08 im Folkwang Museum. [lenz]

KURZMELDUNGEN

Flüchtingsdramen halten an

30 Leichen fand die italienische Küstenwache vor der sizilianischen Küste auf einem Boot, das etwa 600 Menschen von Nordafrika nach Europa brachte. Italienische Behörden vermuten, dass die Menschen erstickt sind. Allein vergangenes Wochenende erreichten sieben Boote mit insgesamt über 600 Geflüchteten die italienische Küste. Besonders in den frühen Sommermonaten überqueren viele Menschen aufgrund der günstigen Wetterlage das Meer in der Hoffnung auf Asyl. Seit Jahresbeginn sind es 60.000 Menschen, die nach Europa flohen und an der italienischen Küste landeten. Nach Angaben der Hilfsorganisation Save The Children sind unter ihnen 9.000 Kinder, viele von ihnen ohne Eltern.

Mindestlohn light

Diesen Donnerstag wird der Bundestag über den Gesetzesentwurf zum Mindestlohn entscheiden. Am vergangenen Freitag einigten sich SPD und CDU auf eine Reihe von Ausnahmen, u.a. für Unter-18Jährige, Saisonarbeiter*innen, Praktikant*innen und Zeitungsausträger*innen.
Die Gewerkschaften und die Linkspartei laufen Sturm gegen die Pläne der großen Koalition. Volker Becker-Nühlen, Vorsitzender des DGB-Stadtverbandes Mülheim an der Ruhr, gibt sich mit den Ausnahmen vom Mindestlohn nicht zufrieden: „Ein prekärer Arbeitsvertrag für junge Menschen ist ungerecht und zeigt ein eigentümliches Verständnis von Generationengerechtigkeit. Wir sagen deutlich: Kein Prekariat für Jugendliche“

akduell Liebhaben

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren, zu Teilen und natürlich zum Liebhaben habt ihr auf:
unserer Facebook-Seite:
▸ www.facebook.de/akduell
und auf unserer Homepage:
▸ www.akduell.de

Zeitungsredakteur*in gesucht

Du:

- hast bereits journalistische Erfahrungen oder großes Interesse, journalistisch zu arbeiten?
- hast ein gutes Sprachgefühl und Lust auf Recherchearbeit?
- kannst auch unter Zeitdruck Texte produzieren?
- hast Lust, in einem gleichberechtigten Team mit großer Verantwortung mitzuarbeiten?
- kannst mit Adobe InDesign, Adobe Photoshop und Wordpress umgehen oder bist bereit, dir diese Fähigkeiten zeitnah anzueignen?
- fühlst dich der Studierendenschaft verbunden und engagierst dich gegen Diskriminierung?
- kennst die emanzipatorischen Initiativen und sozialen Bewegungen auf dem Campus und in der Region?
- kennst dich in der regionalen Kulturszene aus oder möchtest dich in diesen Bereich einarbeiten?
- willst mit großem Engagement, mit Kreativität und Eigeninitiative bei einem unabhängigen studentischen Medium mitarbeiten?

Der AStA der Universität Duisburg-Essen sucht zur Verstärkung der akduell-Redaktion

eine freie Redakteurin bzw. einen freien Redakteur.

akduell-Redakteur*innen werden mit einem festen Rahmenvertrag ausgestattet und über Zeilengeld und ein Produktionshonorar (70 EUR pro Produktion) bezahlt. Außerdem gibt es ein festes Honorar für die Online-Redaktion (30 EUR pro Ausgabe).

Während der Vorlesungszeit erscheint akduell wöchentlich, in der vorlesungsfreien Zeit in der Regel zweiwöchentlich. Die Zeitung wird Montags von fünf Redakteur*innen von 8 bis 16 Uhr produziert, Mittwochs findet eine Redaktionssitzung mit allen Mitgliedern von 12 bis 14 Uhr statt. Wir ermutigen insbesondere Studentinnen, sich zu bewerben.

Bitte sende deine aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, gerne mit beigefügten Textproben von dir, bis spätestens Donnerstag, den **31. Juli 2014** an: vorsitz@asta-due.de

IMPRESSUM

ak[due]ll – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet
Herausgeber: ASTA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.
Projektkoordination: Felix Groell
Anschrift: akduell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen
Redaktion dieser Ausgabe: Felix Rauls (Fra), Martin Niewendick (Mnd), Lorenza Kaib (lenz), Rolf van Raden (rvr), Maren Wenzel (mac), Linda Gerner (Gerne), Daniel Kerekes (DanKe)
Comic: Sebastian Happ
V.i.S.d.P.: Rolf van Raden (rvr)
Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede
E-Mail: redaktion@akduell.de
Web: www.akduell.de

SUDOKU – HIRNAKROBATIK

						6		
	6			5	2	7		
7			1			8	4	2
4				8	3	5		
			7	1	9			
		3	5	6				8
2	4	8			5			6
		9	3	4			7	
		7						

HLP! #64 - STEIN, (SCHERE), ALUHUT!